

Nun schlagen auch drei Landräte Alarm

Brief an Ministerpräsident Kretschmann wegen steigender Flüchtlingszahlen / Grüne kontern

Karlsruhe (lsw/red) – Der Druck aus den Kommunen auf Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in der Asylpolitik wächst. Nach fünf Oberbürgermeistern haben nun drei Landräte beim Regierungschef wegen der steigenden Flüchtlingszahlen Alarm geschlagen. In einem Brief von gestern fordern die drei CDU-Politiker aus den Kreisen Rhein-Neckar, Neckar-Odenwald und dem Landkreis Karlsruhe Kretschmann auf, Zusagen vom zweiten Flüchtlingsgipfel Ende Juli sofort umzusetzen.

So verlangen die Landräte, dass Asylbewerber aus den Balkanstaaten ab sofort nicht mehr auf die Kreise weiterverteilt werden. Der Hintergrund: Die Chancen, dass die Asylanträge von Balkanflüchtlingen

positiv beschieden werden, sind gering. Und die Suche nach Wohnraum für Asylbewerber in den Kommunen ist schwierig.

„Bei den derzeit hohen Zugangszahlen wird es ansonsten nicht mehr möglich sein, die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden insgesamt zu gewährleisten“, schreiben die Landräte. Sie fordern, die grün-rote Landesregierung müsse sich im Bund für die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsländer auf dem Balkan – Kosovo, Montenegro und Albanien – einsetzen. Dann könnten von dort stammende, abgelehnte Asylbewerber leichter zurückgeschickt werden.

Kretschmann hatte sich offen für Verhandlungen über das Thema gezeigt. Er verlangt

allerdings zunächst einen Nachweis darüber, dass die Ausweisung von sicheren Herkunftsländern überhaupt etwas bringt. In diesem Jahr erwartet Baden-Württemberg 54 000 bis 80 000 neu ankommende Asylsuchende – das wären doppelt bis dreimal so viele wie 2014.

Am Montag war bereits ein offener Brief von fünf Oberbürgermeistern an Kretschmann und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bekanntgeworden, in dem mehr Hilfe gefordert wird. Unterzeichnet wurde dieses Schreiben auch im Baden-Badener Rathaus. Die Landtagsabgeordnete Beate Böhlen (Grüne) kritisierte gestern in einer Pressemitteilung, dass der Brief aus den Rathäusern die größten, für die Kommunen

unkalkulierbaren Kosten für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge nicht aufgreife. Es gebe ein Angebot des Landes, diese zu übernehmen. Voraussetzung sei die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge, zu denen die Krankenkassen bereit seien. Diese könne aber erst eingeführt werden, wenn der Bund die dafür nötige Gesetzesgrundlage ändere. Dies habe Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auch im Frühjahr zugesagt. Seither sei nichts geschehen. Deshalb sei es schade, dass sich die Rathauschefs nicht auch an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) gewendet hätten, um dies zu unterstützen.

CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf warf der Landesregierung vor, die Hilferufe der

Kommunen zu ignorieren. Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte im Land verlangten zurecht, dass zumindest die Zusagen des Flüchtlingsgipfels in Bezug auf die Flüchtlinge vom Westbalkan ab sofort und eindeutig umgesetzt würden.

Grünen-Landeschefin Thekla Walker erinnerte daran, dass die Landesregierung unter anderem eine massive Ausweitung der Plätze in Landeserstaufnahmeeinrichtungen (Lea) zugesagt hat. „Das haben auch die kommunalen Spitzenverbände anerkannt und beim Flüchtlingsgipfel den Schulterchluss geübt.“ Warum nun drei CDU-Landräte wenige Tage nach dem Flüchtlingsgipfel ausscherten, sei unverständlich. „Das riecht verdächtig nach Wahlkampf“, meinte sie.